



## Pressemitteilung

Ansbach, 29. Januar 2018

*Lärmschutzbereiche: Innenministerium vergleicht Äpfel mit Birnen*

**BI: „Staatsregierung muss die Bürger schützen, nicht den Fluglärm“**

*Etz langt's begrüßt Stellungnahmen vieler Kommunen gegen Belastungen durch US-Hubschrauber*

Der Vorstand der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ begrüßt die klaren Positionen vieler Kommunen in der Region für den Schutz von Gesundheit und Umwelt vor den Belastungen durch die Kampfhubschrauber an den Heliports in Ansbach-Katterbach und Illesheim. In den vergangenen Wochen hatten sich die Städte Ansbach und Bad Windsheim sowie die Gemeinden Sachsen bei Ansbach und Weihenzell per Ratsbeschluss oder Stellungnahme der Verwaltung für den Vorrang des Bürgerwohls vor US-Militärinteressen ausgesprochen.

„Es ist wichtig, dass die betroffenen Kommunen mit einer Stimme sprechen. Denn einmal mehr wird in der Diskussion um Einrichtung von Lärmschutzzonen deutlich, dass die Staatsregierung den Fluglärm schützt und eben nicht die Bürger“, betont die BI. „Es ist völlig inakzeptabel, dass das Innenministerium Äpfel mit Birnen vergleicht. Durch ein fehlendes Nachtflugverbot und räumlich uneingeschränkte Tiefflüge, auch über Wohngebieten, weicht die Lärm- und Abgasbelastung von Zivilflughäfen mit eng bemessenen Start- und Landekorridoren spürbar ab. Und zwar zum Nachteil der Menschen in Westmittelfranken.“

Laut den Flugbestimmungen des Bundes für die Flugplätze Ansbach-Katterbach und Illesheim dürfen die Kampfhubschrauber auf 3,04 Meter über Boden sinken, erinnert die BI. Die extremen Tiefflüge bedeuteten sowohl eine erhöhte Lärm- als auch eine vervielfachte Feinstaubbelastung im Nahbereich. „Sollte sich das Landesamt für Umweltschutz (LfU) weiterhin weigern, Erhebungen vor Ort durchzuführen, könnte dies zu einer konkreten Zusammenarbeit der Kommunen führen: in Form gemeinsamer Schadstoffmessungen“, schlägt Etz langt's vor.

Das Verhalten der Staatsregierung mit Blick auf Lebensqualität und Umweltschutz im Umfeld der US-Militärbasen verdeutliche erneut, dass auf eine grundsätzliche Lösung des Problems hingearbeitet werden müsse, so der BI-Vorstand: „Wir stehen für zivile Umnutzung und damit für neue Entwicklungschancen in unserer Region.“